Nr. 558 B 276 Abend-Ausgabe

Berlin

Freitag, 25. November 1927 V

Vossische Zeitung

10 Pfennig

Gegründet 1704

Mit Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag Ullstein Chefredakteur: Georg Bernhard Verantw. Redakteur im Ausn. d. Handelsteils: Carl Misch. Berlin Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff (A 7) 3600—3665 für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3666—3698. Telegramm-Adresse: Ulsteinhaus. Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Umsturzversuch im Osten?

Polnischer Handstreich auf Litauen? / Truppenkonzentration in Wilna
Russische Protestnote in Warschau

bl **Riga**, 25. November

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

Die Lage in Litauen wird in Lettland äußerst ernst beurteilt. Sämtliche Blätter veröffentlichen alarmierende Berichte unter Ueberschriften wie „Litauen vor großen Erregungen" oder „Hat die letzte Stunde von Litauens Unabhängigkeit geschlagen?" Aus Wilna trifft die Nachricht ein, daß die litauischen Emigranten, die dort mit Pleschkaitis an der Spitze mit polnischer Hilfe den Vormarsch nach Kowno vorbereiteten, ihre sämtlichen Kräfte mobilisieren. Die litauischen Emigranten aus Riga, soweit sie Anhänger Pleschkaitis sind, wurden telegraphisch nach Wilna berufen.

tbi **Warschau**, 25. November

Der russische Gesandte in Warschau, Bogomolow, überreichte gestern im polnischen Außenministerium eine kurze Note, die sich mit dem polnisch-litauischen Gegensatz beschäftigt. Nach dem „Glos Prawdy" soll der Inhalt der Note die **Befürchtungen für die litauische Unabhängigkeit wiederholen, die kürzlich deutlicher in einem Leitartikel der „Sswestija" ausgesprochen worden waren.** Der polnische Gesandte in Moskau, Patek, hat seinen Aufenthalt in Wilna zu Erklärungen an die polnische Presse benutzt, die offensichtlich dazu bestimmt sind, diese russischen Befürchtungen zu zerstreuen. Patek verweist auf das Interesse Moskaus an den polnisch-litauischen Beziehungen, er erklärt aber, daß er auf Grund seiner Beteiligung an den Wilnaer Regierungsbesprechungen nochmals bekräftigen könne, daß Polen die Unabhängigkeit des kleinen litauischen Nachbarstaates nicht antasten werde. **Die polnische Regierung wünsche nur der von litauischer Seite aufrechterhaltenen Fiktion eines polnisch litauischen Kriegszustandes möglichst rasch ein Ende zu machen.**

Marschall Pilsudski ist gestern abend von Wilna nach Warschau zurückgefahren. Die Gerüchte, die sich besonders in der Wilnaer Presse an seine Besprechungen geknüpft haben, werden heute von den Warschauer Regierungsblättern nochmals ausdrücklich als unbegründet erklärt, soweit sie polnische Pläne in bezug auf einen Sturz der Kownower Regierung Woldemaras andeuten. Bezeichnet sei immerhin ein Gerücht, das heute morgen ein rechtsstehendes Warschauer Blatt wiedergibt. **Danach sei geplant, den jetzigen Woiwoden von Wilna durch den General Zeligowski, den polnischen Eroberer Wilnas, zu ersetzen, der vor kurzem aus dem Heeresdienst ausgeschieden ist.**

*

Durch die russische Warnungsnote an Polen bekommen die alarmierenden Gerüchte, die in der letzten Zeit die polnisch-litauische Spannung begleiteten, einen bedeutsamen Hintergrund. Man muß bei dem Konflikt unterscheiden zwischen den offiziellen Formen, in denen er sich abspielt und zur Erledigung drängt, und dem, was über geheime Bestrebungen litauischer Emigranten und polnischer Politiker im Umlauf gesetzt wird. Unkontrollierbare Gerüchte zumeist, aber auch bei Abzug der üblichen Uebertreibungen noch gefährlich genug.

Der alte Streit um Wilna, entstanden durch den Handstreich des polnischen Generals Zeligowski im Jahre 1920 auf die Stadt, der von Litauen niemals anerkannt wurde und dessentwegen sich beide Länder heute noch offiziell im Kriegszustand befinden, hat immer wieder in irgendeiner Form zu Konflikten zwischen den beiden Ländern geführt. Die Schließung litauischer Schulen im Wilnagebiet und die Verhaftung einer Reihe von Lehrern durch Polen hat Litauen Veranlassung gegeben, im Oktober d. J. eine Protestnote an Genf zu schicken, die nicht nur die Minderheitenfrage anschnitt, sondern unter Berufung auf Artikel 11 des Völkerbundpaktes den Rat darauf aufmerksam machte, daß politischerseits ein Plan bestehe, der auf die Untergrabung des litauischen Staates selbst und seiner Unabhängigkeit abzielte. Die litauische Note stellte die gesamten Beziehungen zwischen beiden Staaten zur Debatte und ist vom Generalsekretariat in Genf auf die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung gesetzt worden.

In der Zwischenzeit war sowohl die englische wie die französische Diplomatie bemüht, Kowno zu einer Zurücknahme seiner Note zu bewegen. Der diplomatische Meinungsaustausch zwischen den Mächten und die Demarchen in Kowno gehen seit Wochen, ohne daß sich Woldemaras zu einem Nachgeben bereit erklärte. Infolgedessen steht der Rat vor der unangenehmen Aufgabe, auf der Dezembertagung die Wilnafrage auf Grund des Artikels 11 zu behandeln.

Polen hat jedoch inzwischen den Spieß umgedreht. Die polnische Diplomatie hat die litauische Beschwerde zum Anlaß einer großen Aktion genommen, die darauf abzielt, ebenfalls das polnisch-litauische Verhältnis zu klären. Litauen zu einer offiziellen Aufgabe des immer noch bestehenden Kriegszustandes zu zwingen und unter allen Umständen die Wilna-Frage ein für allemal aus der Welt zu schaffen. Man spricht sogar davon, daß Marschall Pilsudski persönlich nach Genf zu reisen beabsichtigt, um dem polnischen Standpunkt das nötige Gewicht zu verleihen.

Das ist der offizielle Verlauf des beiderseitigen Streites. Daneben laufen geheime Wühlereien, für die der Verlauf des litauischen Emigrantenkongresses in Riga aufschlußreich war. Die sozialdemokratische Wilnaer Gruppe dieser vor der Diktatur Woldemaras geflüchteten Politiker (also polnische Staatsbürger) brachten eine Resolution ein, die für eine enge polnisch-litauische Annäherung eintrat. Die Gegengruppe, d. h. die Volkssozialisten, die sich nach Riga geflüchtet hat, machte dagegen heftige Opposition und warf den Wilnaern vor, von Polen bestochen zu sein. Bereits damals wurden Enthüllungen über polnische Angebote an die Emigranten gemacht, denen für einen bevorstehenden Putschversuch, der von Wilna gegen Woldemaras losbrechen sollte, die polnische Geld- und Waffenhilfe zur Verfügung gestellt worden sein soll.

Pilsudskis Reise nach Wilna und die dortigen geheimnisvollen Besprechungen mit den polnischen Gesandten in Moskau und Riga gab diesen Gerüchten neue Nahrung. In der „Rigaischen Rundschau" wird heute behauptet, Polen habe sich nicht nur hinter die Emigranten gesteckt, sondern unterhalte gleichzeitig mit einigen dem Generalisch sehr nahestehenden litauischen Offizieren Beziehungen und habe sie für eine neuen faschistischen Putsch gewonnen, der Woldemaras beseitigen und ein neues polenfreundliches Regime einsetzen solle.

Was an diesen Gerüchten Wahres ist, läßt sich nicht nachprüfen, aber der Handstreich Zeligorskis ist noch unvergessen. Auf der anderen Seite ist allerdings auch die bisherige Politik Woldemaras' nicht dazu angetan, die Spannung zu mildern. Woldemaras hat es mit allen seinen Nachbarn verdorben, er hat auch im Lande selbst den Boden verloren. Ohne Freunde innen und außen läßt sich auch eine Diktatur auf die Dauer nicht halten. Vor allem aber gilt es zu verhüten, daß Genf zum zweiten Male — von welcher Seite auch immer — vor ein fait accompli gestellt wird. Die Note Rußlands an Warschau ist deshalb eine ernste Warnung, der man sich vorläufig anschließen kann.

Die rumänische Gefahr

Wachsende Besorgnisse

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

ist **Paris**, 25. November

Die völlige Unkontrollierbarkeit der außerordentlich zahlreichen widerspruchsvollen Nachrichten, die aus Bukarest vorliegen, tragen nicht wenig zur Verstärkung der Unruhe bei, mit der man hier der weiteren Entwicklung der Dinge entgegensieht. Die offizielle Versicherung der neuen Regierung, daß im Lande „vollkommene Ruhe und Ordnung" herrscht, stößt auf starke Skepsis. Man weiß hier zu gut, wie viel Unzufriedenheit Bratianus Gewaltmethoden geschaffen haben, und wie sehr die ungelöste dynastische Frage die Gemüter in Rumänien bewegt, um nicht ernsthaft mit der **Wahrscheinlichkeit schwerer innerpolitischer Kämpfe** zu rechnen.

Am rückhaltlosesten gibt die „Ere nouvelle" dieser Befürchtung Ausdruck, wenn sie ihr Urteil dahin zusammenfaßt, daß die einzige Frage, die der Tod Bratianus aufwerfe, die sei, ob Rumänien mit einer Palastrevolution davonkommen werde oder ob es zu einer Revolution im eigentlichen Sinne des Wortes komme. Auch die Mittagsblätter äußern sich außerordentlich besorgt, zumal da nach den heute morgen hier eingegangenen Telegrammen der neue Ministerpräsident **die Forderung der Opposition nach sofortigen von der Regierung unbeeinflußten Neuwahlen abgelehnt haben soll und der Führer der nationalen Bauernpartei Maniu darauf geantwortet haben soll, daß er sich unter diesen Umständen seine volle Handlungsfreiheit vorbehalten müsse.**

Auch über die für den weiteren Gang der Dinge entscheidende Haltung des Exkronprinzen fehlt es einstweilen noch an authentischen Informationen. **Der Kronprätendent, den die Nachricht vom Tode Bratianus an der Riviera traf, ist bisher nicht in seine in Neuilly, einem Vorort von Paris, gelegene Villa zurückgekehrt.** Dagegen wollen die Mittagsblätter wissen, daß er gestern nachmittag in einem ihm gehörenden Schlosse in der Normandie angekommen sei, wo er seine Anhänger und Vertrauensleute zu einer Besprechung zusammenberufen habe. Die Beratung soll mehrere Stunden gedauert haben, und das einzige, was darüber bekannt geworden ist, ist, daß Carol auf den Rat seiner Freunde zunächst versuchen will, eine Aussöhnung mit seiner Familie herbeizuführen, bevor er offiziell seine Kandidatur auf den rumänischen Thron aufstellen wird.

Sehr viel mehr als diese innerpolitischen Angelegenheiten sind es naturgemäß die zu erwartenden außenpolitischen Komplikationen, die hier die öffentliche Meinung in starkem Maße beschäftigen. Man befürchtet nicht nur das **Aufflackern der ungerischen und bulgarischen Irredenta, sondern vor allem auch den Versuch Rußlands, sich Bessarabiens wieder zu bemächtigen,** dessen Annexion durch Rumänien die Sowjetregierung bekanntlich niemals anerkannt hat. Nach Bukarester Telegrammen soll die rumänische Regierung bereits beträchtliche Truppenverstärkungen an die bessarabische Grenze geworfen haben.

Zu alledem kommt endlich die sehr begründete Besorgnis hinsichtlich der künftigen Orientierung der rumänischen Außenpolitik. Mit Bratianu hat Frankreich die Hauptstütze seiner bisherigen Politik im östlichen Europa verloren und man gibt sich hier in vollem Umfange darüber Rechenschaft, daß sein Tod Mussolini einen starken Trumpf in die Hand gespielt hat.

Volkspartei gegen Volkspartei

Im Bildungsausschuß des Reichstages wurde heute bei der fortgesetzten Beratung des Reichsschulgesetzes der § 5, der die weltliche Schule behandelt, mit drei Aenderungsanträgen der Regierungsparteien zu angenommen, daß er jetzt lautet:

„Die bekenntnisfreie Schule ist für solche Kinder bestimmt, die **keinem Bekenntnis angehören** oder soweit sie einem Bekenntnis angehören nach dem Willen der Erziehungsberechtigten vom Religionsunterricht abgemeldet sind und nicht an einer Gemeinschafts- oder Bekenntnisschule erzogen werden sollen. Sie steht jedoch aus besonderen Gründen auch anderen Kindern offen. Durch die Aufnahme solcher Kinder verliert die Schule ihren Charakter als bekenntnisfreie Schule nicht. Sie erfüllt die Unterrichts- und Erziehungsaufgaben der deutschen Volksschule auf allgemein sittlicher Grundlage ohne bekenntnismäßige oder weltanschauliche Bindung. Religionsunterricht wird nicht erteilt.

An der bekenntnisfreien Schule ist Unterricht in einer bestimmten Weltanschauung zuzulassen und im übrigen Unterricht auf diese Weltanschauung Rücksicht zu nehmen, wenn für die Pflege dieser Weltanschauung eine Vereinigung besteht, die in dem betreffenden Lande die Rechte einer Körperschaft des öffentlichen Rechts gemäß Artikel 137 Abs. VII der Reichsverfassung gewährt sind, und wenn die Erziehungsberechtigten von wenigstens zwei Drittteln der die Schule besuchenden Kinder dies beantragt.

Zur Teilnahme an dem besonderen Weltanschauungsunterricht kann kein Kind gegen den Willen der Erziehungsberechtigten gezwungen werden. Die Erteilung eines solchen Weltanschauungsunterrichts bleibt der Willenserklärung des einzelnen Lehrers überlassen. An der bekenntnisfreien Schule können Angehörige jedes Bekenntnisses sowie Bekenntnislose als Lehrer angestellt werden. Lehrer, welche die Voraussetzung für die Anstellung an einer Bekenntnisschule erfüllen, dürfen nicht gegen ihren Willen an einer bekenntnisfreien Schule verwendet werden. Bei nur vorübergehender Verwendung sind nur Ausnahmen aus besonderen Gründen zulässig. Im Falle des Absatzes 3 ist bei der Anstellung der Lehrer die weltanschauliche Gliederung der Schüler tunlichst zu berücksichtigen."

Vorher war mit 14 gegen 14 Stimmen ein Antrag Dr. Heinze (D. Vpt.) abgelehnt worden, der den ersten Absatz des § 5 folgendermaßen fassen wollte:

„Die bekenntnisfreie Schule dient zur Aufnahme von Kindern, die **keinem Bekenntnis** angehören, doch können aus besonderen Gründen auch andere Kinder eingeschult werden. Durch die Aufnahme solcher Kinder verliert die Schule nicht den Charakter als bekenntnisfreie Schule."

030